

Stefan Bajohr

## Verschuldung: Die Veräußerung des Staates

*Grüne Fiskalillusion?*

Im Magdeburger Wahlprogramm haben wir beachtliche Mehrausgaben, aber nur wenige Einsparungen beschlossen. Einkommensteuerreform und Ökosteuern sollen aufkommensneutral ausfallen; die Neuverschuldung soll abgebaut werden: Sind Bündnis 90/Die Grünen Opfer einer "Fiskalillusion", die die Unvereinbarkeit von Ansprüchen und Finanzierungsmöglichkeiten nicht wahrhaben will?

Stefan Bajohr ist wirtschaftspolitischer Sprecher der bündnisgrünen Landtagsfraktion in NRW.

Vor diese Frage gestellt, erweisen sich manche Grüne als gute Keynesianer: So haben sie fürs Programm listig formuliert, daß Schuldenbegrenzung und -abbau "kein Dogma" seien und festschreiben lassen, daß eine "Politik, die jegliche Neuverschuldung ausschließt, (...) die wirtschaftliche Krise" verschärfe: "Wer spart, ohne zu investieren, spart den Staat kaputt." Wer will das schon verantworten?

### Unaufhörliches Schuldenwachstum

Seit 26 Jahren wird ununterbrochen ein Schuldenberg von inzwischen 2,2 Billionen DM aufgetürmt, für den im letzten Jahr rd. 136 Mrd. DM Zinsen gezahlt werden mußten. Inzwischen übertreffen die Schulden den öffentlichen Gesamthaushalt - untrügliches Indiz dafür, daß der Weg in die Staatsüberschuldung längst beschritten ist (vgl. Tab. 1).

Die Nettokreditaufnahme unterlag in der Vergangenheit erheblichen - auch konjunkturbedingten - Schwankungen, weist insgesamt aber steigende Tendenz auf. Die dadurch bewirkte weitere Anhäufung des Schuldenberges verursacht steigende Schuldendienstverpflichtungen, die die Handlungsspielräume künftiger Politik einschränken. Die Entwicklung des Primärsaldos (vgl. Tab. 2) zeigt, daß die Folgen bereits getätigter Verschuldung die Einnahmüberschüsse der öffentlichen Haushalte auffressen. D.h., aus Steuern und Gebühren können weniger Leistungen erbracht werden, als wenn der Staat von vornherein auf Kredite verzichtet hätte.

Die verfassungsrechtlichen Verschuldungsgrenzen vermochten es nicht, diese Fahrt in die finanzpolitische Sackgasse zu verhindern. Anstatt Konjunkturausgleichsrücklagen zu bilden, kreditfinanzieren Bund und Länder ihre Haushalte ohne antizyklisches Gewissen selbst im Aufschwung. Mit gewisser Hoffnung haben viele deshalb die Maa-

strichter Konvergenzkriterien angenommen. Anders als im Grundgesetz gelten Obergrenzen nicht mehr nur für die Nettokreditaufnahme (3 % des BIP), sondern auch für den Schuldenberg selbst (60 %). In diesen Quoten manifestiert sich allerdings eine Wachstumsorientierung, die jedenfalls von ökologisch aufgeklärten Leuten fundamentale Kritik erfahren müßte. Denn die WWU-Kriterien verhindern die weitere Anhäufung des Schuldenberges und steigende Zinslasten keineswegs; es muß bloß das Bruttoinlandsprodukt stärker wachsen als die Neuverschuldung. Wer mit der Schuldenquote argumentiert, sollte also ehrlicherweise zugeben, daß ihm/ihr der damit einhergehende ökologische Kahlschlag gleichgültig ist.

### Verschuldung = Umverteilung

Der Marsch in die Sackgasse der Überschuldung begann mit der keynesianischen Verheißung, die wirtschaftlichen Probleme in der Rezession/Depression mit gezielter Kreditfinanzierung in den Griff zu bekommen. In der Tat gelang es in den 70er Jahren, die finanzpolitischen Spielräume auszuweiten und zusätzliche Nachfrageimpulse hervorzurufen. Befürchtungen negativer Langfristeffekte wurden mit dem Versprechen auf das "Schuldenparadox" abgetan, wonach die Einnahmen- und Beschäftigungseffekte die ursprüngliche Staatsverschuldung ausgleichen oder sogar überträfen. Richtig angewandt, werde die antizyklische Konjunkturpolitik verschuldungsneutral ausfallen. Es war die große Zeit des Glaubens an ein ökonomisches Perpetuum mobile.

Die wachsende Staatsverschuldung hat die Handlungsspielräume indes nicht erweitert, sondern eingeengt. Und: Was als scheinbar sozial orientiertes Lösungsmodell daherkam, erweist sich als gigantische Umverteilung, die das Volksvermögen keineswegs mehrt, sondern via Kapitalabfluß ins Ausland sogar mindert: Rd. 32 % der Schulden entfielen 1997 auf auswärtige GläubigerInnen; der Auslandsanteil an der Neuverschuldung liegt bei 82 %. Abgesehen von steuerflüch-

Siehe auch den Artikel von Karl Betz (Eine wirtschaftspolitische Alternative) in Heft 98;1.

tigem Geld, das in den inländischen Wirtschaftskreislauf zurückkehrt, belegt die wachsende Auslandsverschuldung die Herausbildung eines weltweiten Staatskreditmarkts. Die 'Geldschöpfung' wird tendenziell nicht mehr von Staaten vorgenommen, sondern von internationalen Finanzkomplexen, in deren Abhängigkeit sich die nationalen Ökonomien begeben. Und während der Schuldendienst die Inlandskonjunktur dämpft, verflüchtigt sich das überschüssige Geldkapital - auf der Suche nach der jeweils profitabelsten Anlageform - in der virtuellen Welt globalisierter Finanzmärkte.

Konsequenz der Inlandsverschuldung ist eine Einkommensumverteilung von unten nach oben. Schließlich gewähren nicht SozialhilfeempfängerInnen, ArbeiternehmerInnen mit kleinem und mittlerem Einkommen oder Kleingewerbetreibende dem Staat Kredit, sondern Banken und Sparkassen, Versicherungen, einkommensstarke und vermögende Privilegierte sowie neuerdings auch Industriekonzerne. Während ein verteilungspolitisch skandalöses Steuerrecht dafür sorgt, daß die Verzinsung der Staatsschuld mittels steigender Belastung der Masseneinkommen finanziert wird, kassiert eine Minderheit von GläubigerInnen Zinsen, die sie wiederum nicht selten vor dem Fiskus verbirgt.

Zugegeben: Die Motive variieren. War Staatsverschuldung in Zeiten der sozialliberalen Koalition die sozialdemokratische Antwort auf das Ausbleiben der versprochenen Umverteilung von oben nach unten, so ist sie seit 1983 zwangsläufiges Ergebnis der neoliberalen Steuergeschenke an Unternehmen, Einkommens- und Vermögensmillionäre. Das Ergebnis ist das gleiche.

#### 4. Belastung künftiger Generationen

Investitionen - heißt es - dienen dazu, die Produktionsmittel der Volkswirtschaft zu vermehren und zu verbessern. Weil Spätere also von staatlichen Investitionen profitieren, sei es nur recht und billig, sie im Wege eines intertemporalen Lastenausgleichs an deren Finanzierung zu beteiligen ("pay as you use").

Konfrontiert mit der Realität, erweist sich dies als reine Apologie einer illegitimen Belastung der Zukunft mit den Folgen heutiger Produktionsverhältnisse. Denn der Staat tilgt nicht nutzungsbezogen; statt dessen lösen neue Kredite die alten ab. Dadurch

werden heute und in Zukunft Zinsen auch für solche Kredite gezahlt, deren Gegenwert nicht mehr vorhanden ist (Beispiel: Kraftfahrzeuge). Anstelle eines Lastenausgleichs zwischen den Generationen findet eine Reduktion künftiger Realeinkommen statt. Modellrechnungen besagen, daß 1995 Geborene im Durchschnitt netto 21 % ihres Lebensarbeitseinkommens an Steuern zu entrichten haben, während eine Generation später Geborene mit 55 % belastet werden müssen.

Verschiedentlich wird deshalb vorgeschlagen, nur mehr solche Investitionskosten in die Zukunft zu verlagern, denen ein langfristiges und zukunftsorientiertes Konzept zugrunde liegt. Umweltzerstörende Projekte wie Autobahnbau, Transrapid, Expansion der Luftverkehrsinfrastruktur usw. würden dadurch allerdings nicht gehindert; im Gegenteil: Die Große Koalition derer, die an die Heilkräfte des "Immer mehr, immer schneller, immer höher" glauben, könnte ihnen ein zusätzliches Unbedenklichkeitszertifikat verpassen: "kreditfinanzierbar, daher zukunftsgerecht". Dabei können gegenwärtige Präferenzen überhaupt nicht in die Zukunft projiziert werden. Wahrscheinlicher ist, daß die ökologischen Folgekosten die kreditfinanzierte Erbschaft in eine Erblast verwandeln.

#### 5. Kreditfinanzierungsmöglichkeiten kappen, Schulden abbauen

Verschuldung ist die "Veräußerung des Staats", bei der "der einzige Teil des sogenannten Nationalreichtums", der "wirklich in den Gesamtbesitz der modernen Völker eingeht, (...) die Staatsschuld" ist (Marx, Kapital I, S. 782). Deshalb ist es die Aufgabe nachhaltiger Finanzpolitik, Handlungsfreiheit wiederzuerlangen. Wer die Verkehrs- und Energiewende bewirken, vorsorgenden Umweltschutz etablieren, die Industriegesellschaft umbauen, die sozialen Sicherungssysteme bewahren und entfalten, Bildung, Weiterbildung und Forschung einen vorrangigen Platz einräumen will, muß sich - ohne Komposition oder Repudiation - von den Fesseln der Staatsverschuldung befreien.

Es geht nicht darum, Kreditaufnahmen zu verbieten. Sie müssen aber auf Fälle konjunkturbedingter Mindereinnahmen und auf unvorhergesehene Sondersituationen beschränkt und mit verbindlichen Tilgungsplänen verbunden werden. Hinsichtlich der

Lastenverschiebung auf die Zukunft sollte das Parlament verpflichtet werden glaubhaft zu machen, daß die kreditfinanzierten Investitionen auf einen intergenerativen Konsens stoßen.

Präzisiert werden muß, daß ausschließlich Nettoinvestitionen als Bezugsgröße für die Nettoneuverschuldung herangezogen werden dürfen. Dadurch würde sich die Obergrenze für die zulässige Nettokreditaufnahme glatt halbieren. Die Ausnahmeregelung, wonach zur Abwehr einer "Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" Kredite auch zur Finanzierung konsumtiver Ausgaben aufgenommen werden dürfen, muß fallen: Grenzen bleiben Grenzen.

Rechtliche Instrumente werden allerdings wegen der nicht funktionierenden Trennung von Legislative und Exekutive kaum genügen. Schließlich sind verfassungsrechtliche Hürden von einer Parlamentsmehrheit nicht schwer zu nehmen. Um dem vorzubeugen, sollte in der Verfassung ein Gremium verankert werden, das in richterlicher Unabhängigkeit über eine vom Parlament gewollte Nettokreditermächtigung zu entscheiden hätte.

Nur mit einer solchen Kombination aus engeren Grenzen und Kontrollgremium kann es gelingen, dem weiteren Marsch in die "Veräußerung des Staats" und seiner Auslieferung an international operierende Finanzkomplexe Einhalt zu gebieten.

#### 6. Und woher kommt das Geld?

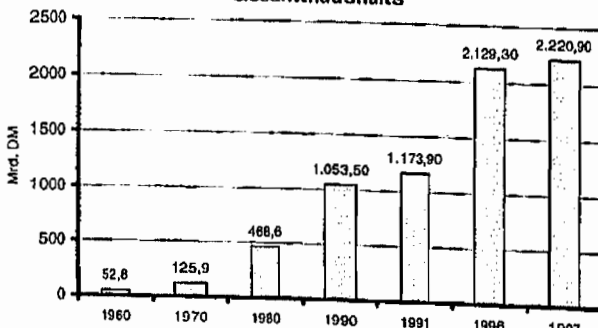
Dem Verschuldungsabbau, den der Neoliberalismus in Lehrbüchern und Sachverständigenutachten wohlfeil fordert, stellt er die Demontage des staatlichen Aufgaben- und Leistungskatalogs an die Seite. Auf diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß

manche, hören sie vom "Abbau der Staatsverschuldung" reden, "Abbau des Sozialstaats" verstehen.

Richtig an der Forderung nach Einsparungen ist, daß staatliche Subventionen auf den Prüfstand gehören: steuerliche Abschreibungserleichterungen, das Fehlen einer Quellenbesteuerung von Kapitaleinkommen, der weitgehende Verzicht auf die Besteuerung von Gewinnen aus Kauf und Verkauf von Immobilien, Wertpapieren, Devisen und Optionen, die Steinkohlebeihilfen, die Unterstützung von Konzernen bei der Hochtechnologieforschung und -anwendung, die Förderung tierquälerischer und klimaschädigender Viehhaltung und so weiter und so fort.

Sofern indes der Sozialstaat nicht gegenreformerisch ausgehöhlt werden soll, stoßen Einsparungen bald an Grenzen. Deshalb bleibt als einzig realistische Alternative zur Staatsverschuldung die Schließung des verbleibenden Finanzierungsdefizits durch Steuern. Dabei wird kein Weg daran vorbeiführen, diese dort abzurufen, wo bisher eine unterdurchschnittliche Steuerbelastung vorliegt: bei den BezieherInnen großer Einkommen, den Vermögenden und den großen Unternehmen. Die von ihnen spiegelbildlich zum öffentlichen Schuldenberg angehäuften Privatvermögen müssen in Anlehnung an den Lastenausgleich von 1952 für eine Tilgungssteuer herangezogen werden. Wegen ihrer vermutlich großen Identität mit den GläubigerInnen fließen die Steuereinnahmen weitgehend an die Tilgungssteuerpflichtigen zurück. Es ergäbe sich dadurch, ohne Entzug von Kaufkraft oder Investitionsfähigkeit, eine schrittweise Entschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts, die ihn in einen zukünftig tragfähigen Zustand versetzen könnte. Eine andere, sozial vertreibbare Alternative zur Bewältigung der Problems der Staatsverschuldung ist nicht in Sicht. ■

Tab. 1: Verschuldung des öffentlichen Gesamthaushalts



Tab.2 Nettokredit-Aufnahme und Zinsausgaben des Bundes und der Länder

